



Protokoll

Kantonaler Parteitag vom 23. August 2018 im Saalbau Bad in Derendingen 20.00 – 22.05 Uhr

Stimmberechtigte im Saal: 67, gemäss Mandatskontrolle (siehe Anhang)
Absolutes Mehr: 34
Gäste: 9

Entschuldigt:

Geschäftsleitung: Irene Meier-Reber, Max Schmid, Dieter Ulrich, Nicole
Wyss

Kantonsratsfraktion: Markus Ammann, Angela Kummer, Urs Huber, Luzia
Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli

Rechnungsprüfungskommission: Fatma Tekol

Beschwerde- und Schiedskomm: Daniel Kiefer

Sektionen: Peter Fuchs (Halten), Marlies Oegerli (Kappel)



Geschäftsliste

1. **Eröffnung des Parteitages**
2. **Bestellung des Wahlbüros/Stimmenzähler/innen**
3. **Genehmigung der Geschäftsliste**
4. **Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 3. Mai 2018 in Bellach**
5. **Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen vom 23. September 2018**
 1. Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») (BBI 2018 1483)
Pro: **Philipp Hadorn**, Nationalrat SP, Gerlafingen
 2. Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» (BBI 2018 1475)
Pro: **Simon Gomm**, Kantonsrat der jungen SP Region Olten, Olten
 3. Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBI 2018 1477)
Pro: **Bea Heim**, Nationalrätin SP, Starrkirch-Wil
6. **Steuervorlage 17**
 1. Eine Standortbestimmung aus Sicht des Kantons
Referent: **Andreas Bühlmann**, Chef Amt für Finanzen
 2. Politische Auslegeordnung aus Sicht der SP
Referent. **Simon Bürki**, Kantonsrat SP, Mitglied der Finanzkommission
7. **Varia**

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages

- ▶ Grusswort von der Sektion Derendingen
- ▶ Eröffnungsrede der Parteipräsidentin

Franziska Roth begrüsst die zahlreich erschienenen Delegierten, Regierungsrätin Susanne Schaffner, Ständerat Roberto Zanetti, Nationalrätin Bea Heim, Nationalrat Philipp Hadorn und die Presse. Franziska Roth übergibt das Mikrofon an Markus Baumann, Präsident der SP Derendingen.

Markus Baumann (präsentiert zahlreiche Folien)

Präsident der SP-Sektion Derendingen

Im Namen der SP Derendingen heisse ich euch hier in Derendingen ganz herzlich Willkommen. Derendingen war bis zur 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ein Bauerndorf. Danach begann nach und nach entlang des Emmenkanals die Industrialisierung. Zu Beginn waren dies Spinnereien der Firma Schöller mit rund 600 Arbeitsplätzen. Diese baute Arbeiterquartiere, wie das bekannte Elsässli. Ende des 19. Jahrhundert wurde im Emmenhof das Mädchenheim für Verwaiste, Verwahrloste und sittlich Gefährdete eröffnet. Später wurde aufgezeigt, dass diese Mädchen anstatt behütet, als billige Arbeitskräfte ausgenutzt wurden. Später war Derendingen betroffen von Schliessungen, respektive Stellenabbau grosser Industriebetriebe (Papierfabrik in Biberist, Cellulose Atisholz, Sulzer, von Roll). Heute sind im Dorf insbesondere Dienstleistungsbetriebe angesiedelt (Logistikcenter, TCS-Fahrzentrum, DHL). Unser Dorf war lange Zeit eine sozialdemokratische Hochburg. 1997 verlor die SP ihre absolute Mehrheit im Gemeinderat und 2005 das Gemeindepräsidium. 2009 eroberte die FDP zu unserem Leidwesen 1 Sitz mehr im Gemeinderat (heute: 5 FDP, 4 SP, 2 CVP). Unser Dorf ist im Wandel, aber wir rüsten uns für die Zukunft. Im Zentrum des Dorfes gibt es ein Altersheim, Alterswohnungen, ein Mehrzweckgebäude (Dreifachturnhalle) ist im Bau und auf Initiative der SP wurde ein Pavillon für schulergänzende Tagesstrukturen gebaut und in Betrieb genommen. Der Bedarf ist sehr gross, so dass bereits einen Ausbau in Betracht gezogen werden muss. Was macht eigentlich die SP in Derendingen? Man hört immer wieder, dass man in den Gemeinden Sach- und nicht Parteipolitik betreiben soll. Ich gehöre nicht zu diesen und vertrete die Meinung, dass es sehr wohl sinnvoll ist, auch in den Gemeinden die sozialdemokratischen Grundwerte zu vertreten. Ein Amt im Gemeinderat kann als erste Stufe in einer «politischen Ausbildung» betrachtet werden. Unsere hohen Amtsträger haben alle mal in der Gemeinde begonnen und dort sozialdemokratische Sachpolitik betrieben. Diese kann sich sehr wohl von einer bürgerlichen Sachpolitik unterscheiden. Im Übrigen bedeutet Sachpolitik für die Bürgerlichen in Derendingen, dass man ihre Meinung vertreten sollte. Wir wollen kritisch sein, kämpfen, gestalten und nah bei den Leuten sein. So ist es für uns wichtig, dass wir auch mal etwas Unkonventionelles machen. Eine Polonaise an einer Parteiversammlung gehört bei uns zum Standardprogramm. Aber auch die Präsenz an der Pfingstkilbi ist wichtig, dies als einzige Partei. Bei solchen Anlässen kann man mit den Leuten sprechen und ihre Anliegen entgegennehmen. Daraus entstehen politische Vorstösse für den Gemeinderat. Aber nicht nur, wir gewinnen so auch neue und junge Mitglieder für die SP. Tradition hat bei uns auch die jährliche Verleihung des Sozialpreises an Menschen mit besonderen Verdiensten. Bis anhin erhielten diesen Preis, den Solothurner Emmenstein, meistens Mitglieder, aber nicht immer. Der Preis ging auch schon an eine Mitarbeiterin des Sozialdienstes für ihren besonderen Einsatz für Flüchtlinge. Als einzige Partei machen wir im Gemeinderat Vor-

stösse. 2012 kam es an der Gemeindeversammlung zu einer entsprechenden Abstimmung über das Label «Energistadt Derendingen». Mit 1 Stimme mehr wurde dies leider denkbar knapp abgelehnt. Ein weiterer Vorstoss von uns verlangt, dass die Musikschule für alle erschwinglich sein muss. Entschieden darüber wird im Herbst an der Gemeindeversammlung.



Wir haben ein motiviertes Team und schauen mit Zuversicht in die Zukunft. Danke möchte ich allen, welche heute mithelfen, dass der kantonale Parteitag hier bei uns in Derendingen erfolgreich abgehalten werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit. (Applaus)

Franziska Roth (dankt Markus für das Grusswort)

Parteipräsidentin der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn

Eigentlich habe ich mediale Sommerlöcher sehr gerne. Seichte Zeitungsartikel die einem zeigen, dass direkt vor der Nase, also im Land wo du lebst grundsätzlich alles in Ordnung ist und man sich über Verkehrsschilderwald, ein aus dem Zoo entlaufenes Krokodil, eine Sperrstunde für Jugendliche nach 21 Uhr, komische Stimmen aus dem Spucknapf in einer Arztpraxis, den Maschendrahtzaun oder den riesigen Wels aus der Aare oder über das angebliche Alienbaby und vieles mehr unterhalten könnte. Ja ungefähr zur selben Zeit, wenn wir die Ferien geniessen, steht die Gesetzgebermaschine still und es wird ruhiger, weil politisch keine Fetzen fliegen. Journalisten suchen händeringend nach guten Stories. Ich genieße diese Löcher, weil ich dann auch abschalten kann, auf FB meine Bilder von den Ferien oder herrlich Witze posten will. Doch nicht so diesen Sommer. Ich weiss nicht, liebe Genossinnen und Genossen, woran es liegt, dass ich mich nicht ins Sommerloch fallen lassen konnte. Ich fand es schlicht und einfach nicht. Ja im Gegenteil, ich musste wie eine Häftlimacherin auf der Hut sein, dass ich als Rote vor lauter harten und politisch hoch brisanten Debatten nicht den Überblick über die Themen verlor. Lasst mich kurz resümieren: Klimawandel, vom Präsidenten der SVP

Kanton Solothurn verneint und zur billigen Politmache von hyperventilierenden Gutmenschen deklassiert, Christian Imark hat kurzum das Ozonloch zum Sommerloch erklärt, während die Welt, Wissenschaft und Politik aufzeigen, was Sache ist, trägt er unbeirrt seine Scheuklappen. Zur Präzisierung: Die Scheuklappe ist ein am Kopf des geschirrten Pferdes angebrachtes Lederstück, das den Blickwinkel der Augen des Pferdes so einengt, dass es nur nach vorne blicken kann. So wird es durch Vorgänge, die neben seinem Kopf passieren, nicht abgelenkt oder scheu gemacht. Er und einige Rechtsausserpolitiker verharmlosen alles. Sie unterstellen uns, dass wir nur auf Wählerfang im Sommerloch seien. Sie posten billige Artikel von Journalisten, die zusammen mit der SVP auf einem anderen Planeten zu wohnen scheinen. Ja, wer nicht wahrhaben will was ist, schreibt verharmlosende Artikel postet sich im lockeren Ferientenu und meint seinen verzerrten Blick mit der Sonnenbrille korrigieren zu können. Tatsache ist, dass Journalismus und Politik ohne Wissenschaft schlicht und einfach zur "Religion" verkommt. Gopferdori wir müssen solchen Ignoranten vor die Sonne stehen, mir scheint die haben zu heiss!



Wenn man in der Währung von Wählerstimmen denkt, so kommt einem die Debatte vielleicht billig vor. Solche Aussagen kommen uns aber verdammt teuer zu stehen. Die Forschung warnt seit Jahrzehnten. Einige bürgerliche Politikerinnen und Politiker scheinen in ihren Ferien einen speziellen Schumacher gefunden zu haben, einen der ihnen den Absatz vorne montierte. Wie sonst kann es sein, dass sie denken, in der Welt gehe es aufwärts und uns Linken sagen, wir sollen doch endlich zufrieden sein. Politiker die kein Klima-Problem erkennen haben himmstärne nomou ein Weltanschauungsproblem.

In die vom Ozon- statt Sommerlochgeprägte Diskussion platzt plötzlich die nächste Politbombe: die beiden freisinnigen Bundesräte haben den Kompass völlig verloren. Sie schieben sich gegenseitig den Gelbpeter zu und gefährden damit den sozialen Frieden in der Schweiz massiv. Herr Cassis scheint den Unterschied zwischen Koalition und

Konkordanz nicht zu verstehen und Herr Schneider Ammann kennt anscheinend das geflügelte Wort rote Linie nicht. Wenn das Grundlagenpapier dem Schutz vor Lohn-dumping den Boden unter den Füßen nimmt, dann kann man nur mit einem Stopp den gefährlichen Schleuderkurs verhindern.

Wenn der Bundesrat den Marktzugang von EU-Firmen über den Schutz der Arbeitsbedingungen stellt, hat er nicht begriffen, was für uns auf dem Spiel steht. Da gibt es nur eines die Notbremse ziehen. Die Gewerkschaften zogen sie und stoppten somit das Rahmenabkommen. Die Aussage von unserem Präsidenten Christian Levrat stimmte mich zuversichtlich: Zwischen den Gewerkschaften und der SP gibt keinen Millimeter Abweichung. Ui, wie wurden wir Roten medial Schwarz auf Weiss verrissen. Wir wurden zum Sündenbock des Sommers degradiert und des Blocherismus angeklagt unheilige Allianz der Abschotter wurden wir genannt und mit der SVP ins selbe Bett oder Blatt gelegt. Doch an eine "Unheilige Allianz" glaubt nur, wer Götter verehrt!

Und wenn die NZZ in einem weiteren Artikel die Gretchenfrage stellt: "Genossen wie habt ihrs mit Europa?" So erkennt man genau, wem dieses Blatt seine Seele verkauft hat!

Die Gewerkschaften und die SP machen nur eines: Wort halten! Besonnene und ihren Standesregeln alle Ehre machende Journalisten und erfahrene besonnene Genossen wie z.B. Rudolph Strahm nahmen sogar harten internen Kritikern aus unseren eigenen Reihen den Wind aus den Segeln.

Und kaum ist diese Diskussion etwas abgeflacht, kam der neue Sturm. Wie verlogen ist das: Eine öffentliche Debatte zum Thema darf es laut SVP UND FDP nicht geben...sie stimmten geschlossen für die Aufweichung der Exportregeln und wollen den Waffenexport in Bürgerkriegsländer anzukurbeln. es ist ein absolut undemokratisches Vorgehen und das von denen die am meisten nach dem Volk schreien. Kurzerhand wurde von denselben auch noch grad das Volks ausgeschaltet, eine Abstimmung soll es nicht geben. Sie wissen nicht was sie tun – das Geld ist ihnen wichtiger als das grosse Elend, welches sie mit Waffenexporten noch grösser machen. Dass hier die FDP geschlossen mitmachte ist für mich absolut skandalös. Erst recht nach dem fast schon Sommerloch anmutenden Interview mit Petra Gösse, in welchem sie sagt, dass wenn der politische Liberalismus eine Zukunft haben will, muss er das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Das Vertrauen geht über Mitsprache liebe Frau Gössi und das vor allem bei Themen die heiss sind.

Liebe Genossinnen und Genossen ich dachte schon, ok der Kanton Solothurn scheint ein Sommerloch zu haben als eine Meldung von einem Bankomaten der 50 Franken zuwenig ausspuckt. Doch dann war es ausgerechnet ich selber, die auf ein brisantes Thema stiess: Nach dem Ausrutscher der JVA bei der Stellenausschreibung schleudert die staatsnahe Gebäudeversicherung und katapultiert Menschen über 45 zum alten Eisen. Das lassen wir so nicht gelten.

Liebe Genossinnen und Genossen: Das Sommerloch blieb dieses Jahr aus. Ferien von der eingangs erwähnten Gesetzgebermaschinerie konnten wir keine machen. Und nahtlos geht es weiter. Mit der SV 17 stehen harte Diskussionen bevor. Doch nahtlos heisst für uns nicht atemlos! Wir Roten sind gerüstet, kantonal wie national. Das fehlende Sommerloch hat uns zusammengeschweisst um das öffentliche Gewissen zu schärfen. Das gelingt nur, wenn wir bereit sind, uns mit neuen und ungewohnten Ideen, mit fremden Erfahrungen, mit anderen Denkart und Perspektiven auseinanderzusetzen, sie nicht in einem Parteiapparat zu ersticken und ihnen den Zugang nicht mit parteichinesischer Besserwisserei zu versperren.

Diese schwierige und anspruchsvolle Arbeit legt die vielfältigen Kräfte frei, die in unserer Partei schlummern. Um sie zu wecken und für die öffentliche Sache zu nutzen, braucht es Dich und Dich und Abend wie heute, wo wir debattieren. Der Parteitag ist eröffnet. (Applaus)

2. Bestellung der Stimmenzähler/innen

Tischreihe 1:	Soner Yaprak, Bettlach
Tischreihe 2:	Peter Christen, Rechterswil
Tischreihe 3:	Gisela Stoll, Winznau
Tischreihe 4:	Bea Schibler, Zuchwil

Die Stimmenzählerinnen und Stimmenzähler werden mit Akklamation gewählt

3. Genehmigung der Geschäftsliste

Beschluss: Die Geschäftsliste für den 23. August 2018 wird einstimmig genehmigt.

4. Genehmigung Protokoll

- ▶ 3. Mai 2018 in Bellach

Beschluss: Das Protokoll vom 3. Mai in Bellach wird einstimmig genehmigt und verdankt. (Applaus)

5. Informationen und Parolenfassung zu den nationalen Vorlagen

1. Bundesbeschluss vom 13. März 2018 über die Velowege sowie Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») (BBI 2018 1483)

Philipp Hadorn, Nationalrat SP, Gerlafingen (präsentiert 6 Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen, ökologische Anliegen haben uns schon immer geprägt. Es war und es ist nicht immer einfach diese auch mehrheitsfähig zu machen. Mit diesem hier vorliegenden Bundesbeschluss haben wir das «Vergnügen», schon im Parlament Mehrheiten gefunden zu haben, die es uns leichter macht das wichtige Anliegen an der Urne durchzubringen. Die Verfassung ist auch der richtige Ort, damit die die Velowege mit den Fuss- und Wanderwegen gleichgesetzt werden. Dieser Beschluss hat eine Geschichte. Im März 2016 wurden bei der Bundeskanzlei 105'234 gültige Unterschriften eingereicht. Im August 2017 kam der direkte Gegenentwurf des Bundesrates, im November 2017 stimmte der Ständerat dem Gegenvorschlag zur Velo-Initiative mit 35 zu 5 Stimmen zu und im März 2018 der Nationalrat mit 120 zu 67 Stimmen. Daraufhin wurde die Initiative zurückgezogen. Von nun an unterstützen die Initianten diesem nun vorliegenden Bundesbeschluss.

Welche Argumente sprechen für die Annahme. Velos haben ein grosses Potential, welches heute noch nicht ausgeschöpft wird und sie können als Verkehrsmittel Verkehrsspitzen in den Agglomerationen glätten. Fakt ist, dass 50% der Auto- und 80% der ÖV-Fahrten kürzer als 5km sind. Solche Distanzen könnten vermehrt auch mit dem Velo zurückgelegt werden. Das Wanderwegnetz seit vierzig Jahren in der Bundesverfassung verankert. Velowege sollen mit diesem Bundesbeschluss den Wanderwegen gleichgestellt werden und damit auch von Förderprogrammen profitieren können. Bessere Veloinfrastrukturen bedeuten auch mehr Sicherheit auf den Strassen. Davon profitieren alle Verkehrsteilnehmer/-innen.

Der Initiativtext:

Bundesverfassung aktuell	Bundesbeschluss Velo
Art. 88 Fuss- und Wanderwege	Art. 88 Fuss-, Wander- und <u>Velowege</u>
1 Der Bund legt Grundsätze über Fuss- und Wanderwegnetze fest.	1 Der Bund legt Grundsätze über Fuss-, Wander- und Velowegnetze fest.
2 Er kann Massnahmen der Kantone zur Anlage und Erhaltung solcher Netze unterstützen und koordinieren.	2 Er kann Massnahmen der Kantone und Dritter zur Anlage und Erhaltung solcher Netze sowie zur Information über diese unterstützen und koordinieren. Dabei wahrt er die Zuständigkeiten der Kantone.
3 Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf Fuss- und Wanderwegnetze und ersetzt Wege, die er aufheben muss.	3 Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf solche Netze. Er ersetzt Wege, die er aufheben muss.

Das Ja-Komitee ist breit abgestützt: BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, junge grüne, JUSO, SP, ÄrztInnen für Umweltschutz, diabetes schweiz, Hausverein Schweiz, hotellerie-suisse, pro juventute, pro natura, SES, Schweiz. Tourismusverband, pro velo, Schweiz. Gemeindeverband, VCS und der TCS haben die Ja-Parole beschlossen.

Die Kampagne beruht auf folgenden Elementen:

- Website <https://bundesbeschlussvelo-ja.ch/>
- Plakate im urbanen Raum
- Zeitungsartikel auf Pendlerachse
- Kampagne in den sozialen Medien
- Strassenaktionen – Verteilaktionen Flyer und Give-aways
- Leserbriefe
- Pressekonferenzen in den Kantonen

Aus all diesen Gründen bitte ich euch zum Bundesbeschluss «Velo» ein JA in die Urne zu legen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Applaus)

Diskussion:

Ueli Sandmeier: das war ein interessantes Referat, aber zuerst müssen ganz viele Velofahrer lernen sich im Verkehr anständig zu benehmen.

Philipp Hadorn: Die Verkehrserziehung ist ein wichtiger Aspekt und ich bin überzeugt, je mehr Velowege zur Verfügung stehen, desto besser, sicherer und anständiger wird auch das Verhalten aller Verkehrsteilnehmer, einschliesslich die Velofahrer.



Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole gegen 1 Stimme zu.

2. Volksinitiative vom 26. November 2015 «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» (BBI 2018 1475)

Simon Gomm, Kantonsrat der jungen SP Region Olten, Olten (keine Folien)
Geschätzte Genossinnen und Genossen, am 23. September stimmen wir ebenfalls über die Fair-Food Initiative ab.

Die Initiative der Grünen verlangt, dass der Bund das Angebot an gesunden und nachhaltig produzierten Lebensmitteln gezielter fördert als bisher. Sie will eine naturnahe, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft und faire Arbeitsbedingungen sowie faire Handelsbeziehungen stärken. Mit der Förderung saisonaler, regionaler und ökologischer Lebensmittel möchte die Initiative gleichzeitig auch einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Sie beauftragt den Bund, Anforderungen an die Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln festzulegen, welche sich an der Qualität und Sicherheit der Lebensmittel, der Schonung von Umwelt und Ressourcen, dem Tierwohl sowie fairen Arbeitsbedingungen orientieren.

Gut die Hälfte der Lebens- und Genussmittel, die in der Schweiz konsumiert werden, wird im Inland produziert, der Rest muss importiert werden. Die importierten Lebensmittel stammen dabei vorwiegend aus industrieller Agrarwirtschaft von oder im Auftrag globaler Konzerne mit weltweiter Logistik - dort herrscht das ökonomische Primat und somit der günstigste Preis - alles, was wir aber mit Fairness in Verbindung bringen ist dort bestenfalls sekundär und es ist auch kaum Sensibilität für Umwelt, Tierwohl und soziale Gerechtigkeit vorhanden, was im krassen Gegensatz zu ressourcenschonenden Bemühungen bei uns steht.

Darum: auch Nahrungs- und Futtermittel aus globalem Handel brauchen ökologische und soziale Leitplanken. Billigprodukte aus Tierfabriken, Monokulturen und Plantagen sollen die Anstrengungen für Umwelt-, Tier- und Arbeitnehmerschutz bei der Lebensmittelproduktion in der Schweiz nicht untergraben.

Fair-Food verlangt dabei nicht Schweizer Standards für importierte Lebensmittel, aber dass sowohl Produkte aus der Schweiz als auch Importprodukte eine nachhaltige Entwicklung fördern und sich an unseren Anforderungen von fairen Arbeitsbedingungen orientieren. Dies soll im Rahmen der bestehenden internationalen Handelsverträge umgesetzt werden. Bei der Weiterentwicklung bestehender und der Ausarbeitung neuer Handelsverträge sollen Nachhaltigkeitskriterien ausgehandelt und implementiert werden.



Die Initiative verfolgt neben der Einbindung der Importe auch Strategien zur Stärkung des nachhaltigen Lebensmittelangebots aus der Schweiz selbst. Für die Schweiz besteht bereits ein Regulierungssystem in den sog. Umweltzielen Landwirtschaft. Fair-Food will die Instrumente zur Förderung von regionalen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln oder zur Bekämpfung von Food Waste ausbauen. Auch die Klimabilanz von Transport und Lagerung soll verbessert werden. Man erhofft sich durch die Initiative einen Schub der Ökologisierung im Inland, wenn mit den Importen ein Wettbewerb

um Nachhaltigkeit und bessere Qualität entfacht wird und sich somit allgemein in der Schweiz etwas Richtung klimafreundlicher, ressourcenschonender Ernährungswirtschaft bewegt.

Sie setzt auf die Veränderung der Marktmechanismen im Lebensmittelsektor - sowohl bei der Inlandproduktion wie auch bei den Importen. Sie verlangt aber keine Verbote, welche Welthandelsregeln oder internationale Verträge verletzen würden, sondern will Lebensmittel aus naturnaher, bäuerlicher Landwirtschaft, aus fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion durch Anreize fördern. Die Initiative baut dabei auf bewährten Massnahmen und Instrumenten auf und sollte bestenfalls nicht zu mehr, sondern die bestehenden Regeln verbessern.

Bereits heute existieren Unternehmen und Kooperationen für fairen Handel, welche auf Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit basieren. Die Fair-Food Initiative verlangt, dass dieser Handel keine Ausnahme bleibt, sondern intensiver gefördert wird. Konkret verlangt die Initiative, dass Erzeugnisse aus bäuerlicher Landwirtschaft, ökologischer und tiergerechter Produktion beim Import privilegiert behandelt werden und so einen Marktvorteil erhalten sollen. Weiter gibt sie dem Bund die Möglichkeit, Einfuhrbestimmungen vermehrt an soziale und ökologische Ziele koppeln zu können.

Eine wichtige Verbesserung fordert die Fair-Food Initiative auch bei der Deklaration. Die Anbieter und Hersteller sind heute nicht verpflichtet auf den verarbeiteten Produkten zu deklarieren, woher die wichtigsten Zutaten kommen und vor allem, welche Produktionsmethoden angewendet wurden. Fair-Food will das ändern, indem sie dem Bund die Werkzeuge in die Hand gibt, konsumentenfreundlichere Deklarationen herbeizuführen was wiederum die Transparenz erhöht und die Konsumentensouveränität stärkt.

Bei einer Annahme der Initiative wird der Bundesrat ausserdem dazu verpflichtet, mittel- und langfristige Ziele im Sinne der Initiative zu definieren und über die Zielerreichung regelmässig zu berichten. Werden diese Ziele nicht erreicht, so muss er zusätzliche Massnahmen treffen oder die bestehenden verstärken, so verlangt es der Initiativtext.

Aktuellen Umfragen nach geniesst die Fair-Food Initiative grosse Sympathie in der Bevölkerung - nach ersten Hochrechnungen beträgt die Zustimmung über 75% - die Chancen stehen gut, dass die Initiative angenommen wird, so wie letztes Jahr bereits der Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Initiative für Ernährungssicherheit mit rund 79% angenommen wurde. Die Initiative ist Ausdruck des allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnisses, nachhaltiger, ökologischer und gerechter zu produzieren und konsumieren. Das wollen wir auch. (Applaus)

Diskussion: keine Wortbegehren

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole gegen 1 Stimme zu.

3. Volksinitiative vom 30. März 2016 «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» (BBl 2018 1477)

Bea Heim, Nationalrätin SP, Starrkirch-Wil (keine Folien)

Liebe Genossinnen und Genossen. Landwirtschaftliche kommen bei der SP nicht immer gut an. Aber diese Initiative kommt nicht von der Verbandszentrale in Brugg, sondern von der bäuerlichen Gewerkschaft «la via campesina». Das ist weltweit die grösste Kleinbauernbewegung. Unser Jean Ziegler (ehemaliger SP-Nationalrat, Professor, Menschenrechtsaktivist, UN-Sonderberichterstatter) trägt diese Initiative mit.

Um was geht es: es soll lokal produziert werden, damit die einheimische Landwirtschaft gestärkt wird, gentechnikfrei, ökologisch und sozial. Damit soll auch möglich werden, dass die Landwirtschaft ihr Saatgut selbst vermehrt und vermarkten kann, statt Agromultis. Ernährungssouveränität für alle Völker als Antwort auf den Welthunger. 800 Millionen Menschen leiden an Hunger. Und viele dieser Menschen leben in Ländern, welche für den reichen Norden produzieren. Da stimmt etwas nicht. Agromultis monopolisieren den Markt und das Saatgut. Dies zerstört die regionalen Strukturen und lässt die Landbevölkerung verarmen. Die Antwort darauf kann nur heissen: Ernährungssouveränität auch dort. Die Initiativinnen und Initianten wollen dieses Konzept auch hier bei uns umsetzen. Der Bund soll die regionale Produktion und deren Vermarktung stärken. Dies verringert unnötige Transporte, stärkt den ländlichen Raum und verbessert die Bedingungen für die kleinen und mittleren Bauernbetriebe. Heute verlieren wir in der Schweiz täglich 6 landwirtschaftliche Arbeitsplätze oder 3 Betriebe. Der Bund soll sich also um den Schutz der Landwirtschaft mit ihren Fruchtfolgeflächen sorgen. Die Zölle sollen dergestalt erhöht werden, dass die Standards auch für Importgüter gewährleistet werden können. Weiter soll der Bund für faire Preise, Einkommen und soziale Arbeitsbedingungen sorgen. Insgesamt soll die Landwirtschaft ökologischer werden, das bedeutet weniger Pflanzenschutzmittel verwenden und weniger Antibiotika. Beides ist für die Umwelt und für die Gesundheit aller schädlich.

Vor einem Jahr hat das Volk die Volksinitiative «für Ernährungssicherheit» sehr hoch angenommen. Die jetzt vorliegende Volksinitiative ist eine ökologische und soziale Ergänzung. Heute subventionieren wir die Landwirtschaft mit Milliarden von Steuerfranken. Nur schon dies berechtigt die Forderung nach gesunden Nahrungsmitteln. Oder muss man sich die Frage stellen, dass eventuell nachgelagerte Betriebe diese finanziellen Mittel zu einem grossen Teil «wegfressen»?

Die Initiative will Transparenz, nur so können faire Preise und Arbeitsbedingungen gewährleistet werden. Dies zeichnet die Initiative aus, nebst ökologischen, kommen auch soziale Aspekte dazu. In der Landwirtschaft arbeiten ja nicht nur der Bauer und die Bäuerin, sondern auch viele Helferinnen und Helfer. Diesen gebührt einen besseren Schutz. Heute sind deren Arbeitsbedingungen nicht die besten... Die Bauern sind keine Freunde der Gewerkschaften. Dies ist auch der Grund, dass es in der Landwirtschaft noch keine Branchenlösung gibt. Die Arbeitsbedingungen variieren von Kanton zu Kanton. Aus diesen Gründen unterstützt auch die UNIA diese Initiative und die Delegierten der SP Schweiz. Deren Geschäftsleitung plädierte für Stimmfreigabe, aber die Delegierten fanden diese Haltung zu recht nicht redlich und stehen für die Ernährungssouveränität ein.

Es gibt auch bei uns kritische Stimmen. Sie stören sich an den Importzöllen, weil diese den Freihandel behindern und an den aus ihrer Sicht zu erwartenden höheren Lebensmittelpreisen. Leidtragende wäre Menschen mit kleinen Einkommen. Dazu kann man sagen, die Schweiz erhebt schon heute Zölle zum Schutz der inländischen Preisen. Diese Initiative geht einen Schritt weiter, mit den Zöllen sollen ökologische und soziale

Standards auch von Importprodukten sichergestellt werden. Dies entspricht keiner Abschottungspolitik wie dies Bundesrat Johann Schneider Ammann gesagt hat, sondern ist eine Voraussetzung für den Handel und die Öffnung der Grenzen. Und wenn sich jetzt der gleiche Bundesrat um die Menschen mit kleinen Einkommen sorgt, dann bleibt mir lediglich ein müdes Lächeln. Soeben haben die bürgerlichen Parteien die Ergänzungsleistungen und die Prämienverbilligungen gekürzt, Steuersenkungen für die obersten Einkommen beschlossen und griffige Massnahmen gegen die Arbeitsorgen der über 50-Jährigen verhindert. Diese Kosten belasten das Familienbudget. Da müssen wir den Hebel ansetzen und dafür kämpfen, dass sich die Bedingungen verbessern.



Liebe Genossinnen und Genossen, diese Initiative ist radikal. Sie setzt an der Wurzel der Probleme an, sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene. Ich finde sie radikal gut! Setzen wir ein Zeichen und sagen ja zu gesunden und nachhaltigen Lebensmitteln, ja zu Produktionsbedingungen mit Rücksicht auf die Ressourcen und ja zu anständigen Löhnen. Danke für die Unterstützung. (Applaus)

Diskussion:

Christian Müller: ich fände besser, wenn man bei den Verarbeitern von Lebensmitteln ansetzen würde, statt bei den Bauern.

Bea Heim: die Landwirtschaft braucht besserer Bedingungen. Aber du hast recht, bei den nachgelagerten Betrieben muss man ebenfalls ansetzen. Ich habe versucht dies im Referat zu vermitteln. Mit einem Ja erhalten wir genau diese Transparenz.

Raphael Bucher: ich möchte am Votum des Vorredners anschliessen. Durch Transparenz soll alles besser werden, das ist gut. Aber wie können wir verhindern, dass Grosskonzerne wie Nestle weltweit die Landwirtschaft aushungern?

Bea Heim: hier handelt es sich um eine Verfassungsinitiative, die schon sehr viele Forderungen aufgenommen hat. Ein Ziel ist eben gerade auch dies, die nachgelagerten Konzerne die Transparenz aufzuzwingen.

Antrag Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss: Die Delegierten der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn stimmen dem Antrag der Geschäftsleitung für die JA-Parole gegen 2 Stimmen zu.

6. Steuervorlage 17

1. Eine Standortbestimmung aus Sicht des Kantons

Referent: **Andreas Bühlmann**, Chef Amt für Finanzen (präsentiert zahlreiche Folien)

Geschätzte Genossinnen und Genossen. Schön, dass ich wiedermal hier sein darf. Der Auftrag aus dem Parteisekretariat lautet eine Standortbestimmung für den Kanton Solothurn vorzunehmen und (eher weniger politisch) in die (finanzielle) Zukunft zu schauen. Ich finde das so richtig. Somit wende ich mich umgehend den Zahlen zu.

Zahlen sind eigentlich etwas Simple. Im Hinblick auf die Steuervorlage 17 stehen die Zahlen im Mittelpunkt. Diese Fragen muss man sich immer stellen, wenn es darum geht etwas zu investieren: kann ich mir dies leisten. Die Erfahrung beweist, wenn man sich etwas nicht leisten kann, wir man von der Realität eingeholt. Um diese Frage geht es bei der SV17. Kann sich der Kanton Solothurn die SV17 leisten? Um diese Frage zu beantworten habe ich vorgesehen euch wie folgt zu informieren:

1. Rechnungsergebnis 2017
2. IAFP 2019 - 2022
3. Semesterbericht 2018
4. Voranschlag 2019
5. Ablauf Erarbeitung von Massnahmenplänen
6. Fragen

1. Rechnungsergebnis 2017

Das Wichtigste in Kürze:

- Operativer Ertragsüberschuss aus Verwaltungs-tätigkeit: 48.3 Mio. CHF (Vorjahr: 30.7 Mio. CHF)
- Gesamtergebnis: -5.8 Mio. CHF (inkl. Wertberichtigung Alpiq -26.8 Mio. CHF) (Vorjahr: -7.0 Mio. CHF)
- Nettoinvestitionen: 118.3 Mio. CHF (Vorjahr: 126.4 Mio. CHF)
- Für Defizitbremse massgebendes Kapital: 435.6 Mio. CHF
- Kreditrating S&P: AA+, Ausblick stabil

Man kann sagen, der Kanton hat sich finanzielle stabilisiert.

Bühlmann kommentiert Folien über folgende Kennzahlen:

- **Operatives Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit**
Finanzhaushalt ist auf guten Wegen
- **Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung**

- **Entwicklung wichtigster Erträge**

Abhängigkeit vom Bund ist gross, Steuern erhöhen sich analog dem Bevölkerungswachstum

- **Defizitrelevantes Kapital**

Mit der per 1. Januar 2017 frei gewordenen Aufwertungsreserve von 487 Mio. Franken betrug das für die Defizitbremse frei verfügbare Kapital per 1.1.2017 neu 471,4 Mio. Franken. Würde die SV17 wie vorgesehen umgesetzt, würde die Defizitbremse in rund 4 Jahren zum Tragen kommen.

- **Nettoinvestitionen** (insb. Neubau Bürgerspital)

- **Operativer Selbstfinanzierungsgrad**

- **Nettoverschuldung** (zugenommen infolge Ausfinanzierung Pensionskasse)

2. Abweichungen zur Rechnung 2016

+ Bundesanteile (69.4 Mio. CHF, davon NFA 48.0 / SNB 15.5 / VRST 14.5)

+ Minderaufwand Abschreibungen Hochbauten* (12.1 Mio. CHF)

+ Minderaufwand Spitalbehandlungen gemäss KVG (4.8 Mio. CHF)

+ Minderaufwand Ergänzungsleistungen AHV/IV (3.0 Mio. CHF)

Mindererträge:

- Verkauf von Sachanlagen (21.0 Mio. CHF)

- Mieterträgen* (18.3 Mio. CHF)

- Steuererträge (11.3 Mio. CHF, davon JP -27.0 / NP 7.2 / Nebensteuern 7.4)

Mehraufwendungen:

- Prämienverbilligung KVG (15.1 Mio. CHF)

- Globalbudgets (5.3 Mio. CHF)

- Altlastenfonds (4.4 Mio. CHF)

- Sonderschulen (2.8 Mio. CHF)

* Immobilienübertragung soH per 1.1.2017

2. IAFP 2019 – 2022

Wirtschaftliche Rahmendaten

- Das BIP-Wachstum betrug im 2017 1,0% und das seco erwartet für 2018 ein starkes Wachstum von 2,3% und für 2019 solide 1,9%.
- Das BIP-Wachstum 2017 war breit über die Wirtschaftssektoren abgestützt.
- Rückgang der Arbeitslosenquote im 2017 auf 2,8% (2016: 3,0%). Die Arbeitslosenquote im Kanton Solothurn ist tiefer als der schweizerische Durchschnitt (2017: 3,2%). Das seco rechnet mit einem leichten Rückgang in der Schweiz auf 2,9% (2018) und 2,8% (2019).

Wirtschaftsprognosen

- Teuerung
 - 2017: 0,5%; Prognosen 2018 und 2019: 0,3% bzw. 0,7% (Angaben seco)
- Zinsen weiterhin sehr tief (Stand 21.8.18)
 - 3-Monats-Libor CHF: - 0,73%
 - Rendite Bundesobligationen CH, 10 Jahre: - 0,12%
 - Langfristige Zinsen mit Tendenz nach oben
 - Für die kommenden zwei Jahre wird von einer Fortsetzung des weltwirtschaftlichen Wachstums ausgegangen. Zu den grössten Risiken zählt gegenwärtig die gestiegene politische Unsicherheit.

Ausblick

- 2019 - 2022 verschlechtern sich die Zahlen ausgabenseitig aufgrund der bekannten Kostentreiber:
 - Prämienverbilligung
 - Soziales
 - Umwelt (Sanierung Stadtmist-Deponien)
- Einnahmeseitig Steuerausfall Steuervorlage 17 (ab 2020)
- Zunahme der Nettoverschuldung auf über 2 Mrd. Franken bis Ende 2022

Zukunftsrisiken

NFA-Ressourcenausgleich

- Reform aufgrund der Vorschläge des Wirksamkeitsberichts 2016 – 2019 (Vorlage vom 9. März 2018 ist in Vernehmlassung, enthält Reduktion der Gesamtdotation des Ressourcenausgleichs)
- Auswirkungen der Steuervorlage 17 nicht berücksichtigt, da erst ab 2023 für NFA massgebend
- Diese dürften aber den NFA-Ressourcenausgleich nachhaltig beeinflussen



Ausblick

- Legislaturplan 2017-2021 (SGB 0188/2017)
 - Erhaltung des Gleichgewichts des Finanzhaushaltes weiterhin eines der wichtigsten Ziele für die Stärkung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit
 - Massnahmen werden nach Umsetzung SV17 notwendig sein, spätestens wenn
 - Anrechenbares Kapital für Defizibremse < 100 Mio. Fr.
 - S&P-Rating tiefer als AA+, Ausblick stabil

3. Semesterbericht

Prognose

Aufgrund Semesterbericht wird eine Hochrechnung für 2018 erstellt

- ER: Überschuss 3 Mio. CHF (VA 2,8 Mio.)
 - Mehrertrag SNB 21,4 Mio. CHF
 - Mehraufwand IPV 12,2 Mio. CHF
 - Minderertrag Steuern: 8,4 Mio. CHF
- Nettoinvestitionen: 139 Mio. CHF (VA 146,8 Mio.)
 - Verzögerung von Projekten

4. Voranschlag 2019

IAFP gilt als Richtbudget:

- Cash flow 72,3 Mio. CHF
- Gesamtergebnis – 13 Mio. CHF
- Nettoinvestitionen 153,6 Mio. CHF

FKO verlangt Cash-flow von 115 Mio. CHF und Nettoinvestitionen von maximal 145 Mio. CHF

- VA wird am 3. September 2019 im RR beschlossen
- Vorgaben können weitgehend erfüllt werden

5. Massnahmenplan

Ablauf Erarbeitung Massnahmenplan

Erfahrungswert aus MP 13 und 14, kann abweichen je nach Vorgehensweise

- Zielvorgaben an Departemente für Vorschläge (Jahr 1)
- RR-Seminar(e) zur Konkretisierung der Vorlage, ev. mit externer Unterstützung
- Politische Akzeptanz herstellen (z.B. runder Tisch; Jahr 2)
- RRB und Botschaft erarbeiten, Vernehmlassung (Jahr 2)
- KR-Beratung, Kommissionen, Plenum
 - Referendumsfrist (Jahr 2)
- Ev. Volksabstimmung (Jahr 2/3)
- Ev. Ausarbeitung von Detailvorlagen (Jahr 2 oder 3)
- **Umsetzung (Jahr 2 – 5)**
- Volle Entfaltung braucht etwa 5 Jahre seit Beginn der Arbeiten (vgl. GB 2017, S. 421 ff., erster RRB 12.3.13)

Somit bin ich am Ende meiner technokratischen Ausführungen und übergebe das Wort an Simon Bürki.

2. Politische Auslegeordnung aus Sicht der SP

Simon Bürki

Kantonsrat SP, Mitglied der Finanzkommission (präsentiert zahlreiche Folien)

Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei des Kantons Solothurn hat die Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV 17) an mehreren Sitzungen beraten.

Einer proaktiven Umsetzung der SV 17 stimmt die SP mit grossen Vorbehalten zu. Sie lehnt allerdings die vorgeschlagene, ihres Erachtens verantwortungslose Tiefsteuerstrategie der Regierung, in aller Deutlichkeit ab.

Um was geht es:

Steuervorlage 17 (SV17):

- Nachfolgeprojekt von gescheiterten USR III (Solothurn 66% Ablehnung)
- Abschaffung der besonderen Steuerstatus für kantonale Statusgesellschaften (Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften). Diese stehen nicht mehr im Einklang mit den internationalen Standards.

Die Statusgesellschaften sind als hochmobile Unternehmen oder Unternehmensteile zu qualifizieren.

Kt. SO rund 400 besonders mobilen Unternehmen-/steile, aber nur etwa 30 bezüglich des Steuerertrages und der von ihnen angebotenen Arbeitsplätze von Bedeutung.

Der Steuerertrag der besonders mobilen Unternehmen insgesamt:

- Staatssteuer auf rund 15 bis 20 Mio. Fr. jährlich,
- bei den Gemeindesteuern sind es 20 bis 25 Mio. Fr.

Sparprogramm wird angekündigt:

in der Vorlage steht: «Per Ende 2017 weist der Kanton ein für die Defizitbremse massgebendes Kapital von rund 435 Mio. Franken auf. Um bei der vorstehend dargestellten Entwicklung zu vermeiden, dass es unter die kritische Marke absinkt und eine Steuererhöhung nötig macht, **werden wir in den nächsten Jahren Massnahmen in die Wege leiten wie Einsparungen, Reorganisationen und Aufgabenteilungen.**

Auch aus diesem Grund haben wir mit den Weisungen zum Voranschlag 2019 die Departemente veranlasst, Massnahmen zu entwickeln und zu realisieren, um das Budgetergebnis der Erfolgsrechnung um 42.7 Mio. Franken zu verbessern.»

Es wird ein Massnahmenplan zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes in Aussicht gestellt. Gemäss IAFP-Entwicklung müsste dies ein Sparprogramm von 100 Mio. pro Jahr sein. Pro Jahr! Im Kanton Solothurn hat der Regierungsrat bisher keine konkreten Massnahmen oder auch nur eine Strategie vorgestellt, wie die Steuerausfälle kompensiert werden sollen. Auch mit der Vorlage zur Vernehmlassung sind leider keine Antworten auf diese zentrale Frage zu finden. Ebenfalls keine konkreten Hinweise sind im integrierten Aufgaben- und Finanzplan zu finden (IAFP), obwohl darin die massiven Steuerausfälle abgebildet sind. Es wird auch hier offensichtlich, dass es an einer Gesamtstrategie fehlt.

Markus Baumann forderte im Kantonsrat zu Recht mit Nachdruck endlich Klarheit über den Inhalt und Umfang eines Massnahmenplans. Mit der SP ist ein Sparmassnahmenpaket auf dem Buckel der sozial Schwachen, der Bildung und des Staatspersonals nicht zu machen.

Die Steuervorlage muss umgesetzt werden. Die Frage ist jedoch mit welcher Steuerstrategie und welchen zusätzlichen Massnahmen. Schauen wir zuerst einmal einige Grundlagen über die Attraktivität der Schweiz und des Kantons an.

Bürki präsentiert Folien mit zahlreichen Grafiken:

- Schweiz im internationalen Vergleich immer auf den Spitzenplätzen
- Standortqualität: Kanton Solothurn im guten Mittelfeld
Nicht nur Steuersatz, sondern verschiedene Standortfaktoren der Standortqualität werden gemessen
- Wie sieht Situation bei Einkommen im Kanton Solothurn aus?
Über 80% versteuern Einkommen unter 80'000 Franken
- frei verfügbares Einkommen, eigentlich ist nicht der Steuersatz relevant für natürliche Personen, sondern was ihnen Ende Monat übrig bleibt nach Steuern und standortgebundenen Fixkosten wie Mieten, Krankenkassenprämien etc.

- Kanton Solothurn ist bei dieser differenzierten Betrachtung viel attraktiver als man dies oft wahrhaben will
- Attraktiver als alle unsere Nachbarkantone Aargau, deutlich besser als BE und BL und BS.
- Besteuerung Einkommen
Steuerbelastung in % des Bruttoeinkommens in Abweichung zum Schweizerischen Mittel in Prozentpunkten, Ehepaar ohne Kinder
 - v.a. kleine Einkommensklassen überdurchschnittliche Besteuerung
 - je höher das Einkommen desto kleiner Differenz zum CH-Durchschnitt

Ich glaube wir haben eine andere Vorstellung von einem sozialen Steuersystem.



- Gesamtbelastung über alle Einkommen, Solothurn auf letztem Platz
- Einkommensbelastung Kantonshauptorte, ledige
- Solothurn bis Einkommen 90'000 auf letzten Rängen, höchste Steuern.
- Einige Kantone kennen sogar Steuerbefreiung bei tiefsten Einkommen. Solothurn nicht.
- Einkommensbelastung Kantonshauptorte, verheiratet ohne Kinder
- Solothurn bis Einkommen 100'000 auf letzten Rängen, höchste Steuern. Hälfte der Kantone kennen sogar Steuerbefreiung bei tiefsten Einkommen. Solothurn nicht!
- Einkommensbelastung Kantonshauptorte, verheiratet 2 Kinder
- Solothurn bis Einkommen 200'000 auf letzten Rängen, höchste Steuern. Hälfte der Kantone kennen sogar Steuerbefreiung bei tiefsten Einkommen. Solothurn nicht!
- Steuerbelastung im Vergleich zum CH-Mittel
Übersicht zeigt erschreckend auf wie übermässig kleine und mittlere Einkommen im Kanton Solothurn besteuert werden. Bis zu 250% über CH-Mittel! Dieser Zustand

ist skandalös und unter keinen Umständen haltbar. Diese Belastung muss endlich substantiell gesenkt werden und nicht wie vorgeschlagen nur um 10%. Keine Kosmetik!

Entlastung tiefer und mittlerer Einkommen

Kt. SO höchste Steuerbelastung bei tiefen und mittleren Einkommen (u.a. Personalsteuer)

Alleinstehende:

- Besteuerung neu «erst» ab steuerbaren Einkommen von 12'000 statt 10'000 Fr.
- Entlastung bis steuerbarem Einkommen 35'800 Fr. (bis 20'000 max. 110 Fr. weniger)

Verheiratete:

- Besteuerung neu «erst» ab steuerbaren Einkommen von 22'800 statt 19'000 Fr.
- Entlastung bis steuerbares Einkommen von 68'000 Fr. (bis 38'000 max. 210 Fr. weniger)

Für rund 40'000 Steuerpflichtige Senkung um mind. 10%; davon etwa 4'000 mit sehr tiefen Einkommen neu gar keine Einkommenssteuer mehr Mindereinnahmen ca. 4.9 Mio. Fr. jährlich für Kanton, für Gemeinden ca. 5.7 Mio. Fr.

Für SP ist Zustand unter keinen Umständen haltbar. Forderung SP in Vernehmlassung SV17: Diese Belastung muss endlich substantiell gesenkt werden und nicht wie vorgeschlagen nur um 10%. Keine Kosmetik!

3/4 versteuert kein Vermögen.

- Attraktive Vermögensbesteuerung im Kt. SO, v.a. für hohe Vermögen
- Steuerbelastung in % des steuerbaren Vermögens in Abweichung zum Schweizer Mittel in Prozentpunkten,
- Ehepaar ohne Kinder

Erstaunlich:

- viel tiefer als Kanton BE
- tiefer als Kanton AG
- und bei hohen Vermögen noch tiefer als Kanton Zug!

Ausser Steuerausfällen hat die Vermögenssteuersenkung in den vergangenen Jahren leider nichts gebracht. Keine namhaften Zuzüge von Vermögenden. Das hat auch Finanzdirektor Roland Heim bestätigt.

Steuersenkungsstrategie ist damit nicht aufgegangen. Muss korrigiert werden.

- Gesamtindex Vermögensbelastung
Kanton Solothurn gehört in die Spitzengruppe mit den tiefsten Vermögenssteuern!
Weit unter CH-Durchschnitt!
- Vermögenssteuer Erhöhung SV17 geplant. Selbst mit der vom Regierungsrat geplanten Erhöhung der Vermögenssteuern v.a. für höhere Vermögen bleiben wir deutlich unter CH-Durchschnitt.
Mehreinnahmen nur:
 - Kanton 8 Mio.
 - Gemeinden 9 Mio.
- SP fordert in Vernehmlassung, Vermögenssteuer auf CH-Mittel erhöhen

Gewinnsteuersatz: wie tief muss dieser gesenkt werden?

Mit den beiden grossen Nachbarkantonen Bern und Aargau finden am meisten Firmenwanderungen statt. Bern Senkung auf rund 16%. Aargau Senkung auf rund 18%.

Auswirkungen der Steuerstrategien 13 und 16%

Tiefsteuerstrategie 13%: Ausfall 130 Mio. Fr. (62 Mio. Kanton, 68 Mio. Fr. Gemeinden)

Moderate Strategie 16%: Ausfall 75 Mio. Fr. (36 Mio. Kanton, 39 Mio. Fr. Gemein

Gefahr von Sparprogrammen z.L. Bildung, Soziales und Personal (GAV Verschlechterung)

Volksaufträge der SP:

Kaufkraft der Familien stärken:

- Stärkung der Kaufkraft von Familien durch die Erhöhung der Familien- und Kinderzulagen
- Ausbau der Ergänzungsleistungen für Familien,
- Schaffung von bezahlbaren Kinderbetreuungsplätzen
- Erhöhung der Prämienverbilligung

Arbeitsplätze sichern:

- Arbeitsplatzsicherung, indem Bildung für alle in den Unternehmen gefördert wird.

Mehr Steuergerechtigkeit:

- Senkung der Steuerbelastung von kleinen Einkommen
- Erhöhung der Vermögenssteuer

Erhöhung Teilbesteuerung von Dividenden

Hauptforderungen

- Es wurde ein sog. «Massnahmenplan» zur Stabilisierung des Finanzhaushaltes in Aussicht gestellt. Die SP fordert endlich Klarheit über dessen Inhalt und Umfang. Mit der SP ist ein Sparmassnahmenpaket auf dem Buckel der sozial Schwachen, der Bildung und des Personals nicht zu machen. Kein Leistungsabbau!
- Für die SP ist es zwingend, dass die allenfalls nötigen Sparmassnahmen zusammen mit der SV 17 von der Regierung vorgelegt werden.
- Die Höhe der Steuern muss sich am Finanzbedarf ausrichten, wie dies andere Kantone auch tun. Eine Strategie mit einem Gewinnsteuersatz von 13% erscheint der SP verantwortungslos. Selbst ein Satz von 16% bedeutet für den Kanton und die Gemeinden eine grosse finanzielle Herausforderung. Eine umfassende Standortstrategie ist längst überfällig. Die Höhe der Steuern ist lediglich ein Faktor von vielen für Standortentscheidungen von Unternehmungen. Andere Faktoren sind gemäss diversen Untersuchungen mindestens ebenso wichtig.
- Für die SP kommt eine Umsetzung der SV 17 nur in Frage, wenn u.a. am Schluss die kleinen und mittleren Einkommen keine Steuererhöhungen zu befürchten haben. Davon hat die Regierung bis jetzt nicht Abstand genommen. Einsparungen im Bereich Soziales, Bildung und Umwelt oder auf dem Buckel des Personals (Verschlechterung GAV) sind ebenfalls nicht akzeptabel. Kein Abbau des Service Public!
- Jede Senkung der Steuern für die hier angesiedelten Unternehmen bedeutet eine Einnahmenreduktion für die öffentlichen Haushalte. Weder das Kleingewerbe, die Bauern, der Mittelstand, die Kleinverdiener noch die Rentner profitieren davon. Im Gegenteil, die Gefahr von Steuer- und Gebührenerhöhungen ist hoch und die

Notwendigkeit von Sparmassnahmen wird zwingend. Nur wollte dies der Regierungsrat bisher nicht offenlegen und erst recht nicht konkretisieren.

- Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen im Kanton Solothurn bis zu 250% mehr als der schweizerische Durchschnitt! Dieser Zustand ist skandalös und unter keinen Umständen haltbar. Diese Belastung muss endlich substantiell gesenkt werden und nicht wie vorgeschlagen nur um 10%. Keine Kosmetik!
- Teilbesteuerung von Dividenden aus massgeblichen Beteiligungen auf 100% erhöhen
- Vermögenssteuer mindestens auf den schweizerischen Durchschnitt anheben

Ich hoffe euch mit dieser Präsentation die SV17 einigermaßen verständlich erklärt zu haben.

Zugleich hoffe ich euch mit den Statistiken eindrücklich aufgezeigt zu haben, dass die Steuern für kleine und mittlere Einkommen viel zu hoch sind und die Vermögenssteuern viel zu tief. Da braucht es noch viel Überzeugungsarbeit und noch viel mehr Druck.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit (Applaus)

Franziska Roth: Genossinnen und Genossen, ihr habt jetzt viele Informationen erhalten, ich bin gespannt wie diese auf euch gewirkt haben. Gibt es Fragen?

Diskussion:

Patrick Schweizer: Im Gemeinderat in Trimbach haben wir im Zusammenhang mit der SV17 betreffend Ausfall entsprechende Fragen gestellt. Uns würde nach 4 Jahren ein Steuerausfall von 600'000 Franken erwarten. Wir haben keine Ahnung wo wir dies einsparen sollten? Selbst die bürgerlichen Gemeinderäte waren mit uns einig.

Franziska Roth: bitte thematisiert in den Sektionen die SV17. Es ist wichtig, dass die Menschen informiert werden und darüber, welche Konsequenzen die Tiefsteuerstrategie haben wird.

Cagatay Blaser: mich würde interessieren wie sich die übrigen Parteien zur Stellungnahme der SP betreffend SV17 sagen und mit welchen Argumenten diese ihre Tiefsteuerstrategie vertreten. Und gibt es Simulationen über die Auswirkungen, falls alle Superreichen den Kanton Solothurn verlassen würden?

Simon Bürki: die bürgerlichen Parteien finden unserer Idee, die unteren und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten, völlig sachfremd und unterstützen dies nicht. Die SP setzt sich im Übrigen schon seit Jahren für die Entlastung dieser Einkommensschichten ein. Der Kanton Solothurn hat nicht viele Reiche. Tatsache ist jedoch, dass der Kanton Solothurn schon jetzt zu den günstigsten Kantonen für Vermögende gehört und trotzdem niemand in den Kanton zieht.

Die Referentin und alle Referenten erhalten als Dank je 1 Flasche Wein

7. Varia

- Bitte Abstimmungsmaterial mitnehmen

- 15. September bitte am Solidaritätsfest zum 100-jährigen Gedenktag an Willi Ritschard auf dem Balmberg teilnehmen
 - Grossen Dank an die SP Derendingen für das Gastrecht
- Gute Heimreise und danke fürs Kommen. Der Parteitag ist geschlossen. (Applaus)



Für das Protokoll: Niklaus Wepfer, 13. September 2018